



Medienmitteilung: Rohstoff

Datum: Mittwoch 11.03.2020
Sperrfrist: 09.00 Uhr

Geschäftsbericht 2019 des Bundesrates verabschiedet

Der Bundesrat hat seinen Geschäftsbericht 2019 verabschiedet. Dieser gibt Auskunft über die Erfüllung seiner Ziele und Massnahmen; ebenso werden Abweichungen von den Jahreszielen und wichtige ungeplante Vorhaben dargelegt und begründet. Zu den Schwerpunkten des letzten Jahres gehören etwa die finanzpolitischen Prioritäten für die Jahre 2020–2028, die E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023, oder ein umfassendes Freihandelsabkommen mit Indonesien. Daneben Botschaften zur Standortförderung 2020–2023, zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat für den Zeitraum 2020–2023 und zur Reform AHV 21. Weitere wichtige Vorlagen des Bundesrates waren die Strategie «Gesundheit2030» und ein erstes Massnahmenpaket zur Kostendämpfung für das Gesundheitswesen. Schliesslich befasste sich der Bundesrat mit einem Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus und mit dem Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge.

Für die Legislaturperiode 2015 bis 2019 hat sich der Bundesrat drei Leitlinien gegeben: 1) Die Schweiz sichert ihren Wohlstand nachhaltig. 2) Die Schweiz fördert den nationalen Zusammenhalt und leistet einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit. 3) Die Schweiz sorgt für Sicherheit und agiert als verlässliche Partnerin in der Welt. Die Ziele und Massnahmen im Berichtsjahr 2019 gliedern sich nach diesen Leitlinien.

In der **Finanzpolitik** hat der Bundesrat 2019 über die finanzpolitischen Prioritäten 2020–2028 zusammen mit den Eckwerten der mehrjährigen Finanzbeschlüsse für die Periode 2021–2024 bzw. 2022–2025 materiell entschieden sowie die Eckwerte diverser Steuerreformen festgelegt. Weiter hat er die Vernehmlassung zur Umsetzung struktureller Reformen eröffnet. Damit setzt er seine Bestrebungen fort, mit Optimierungen einen effizienten und effektiven Mitteleinsatz im Bundeshaushalt zu gewährleisten.

Im Bereich der **Informatik** und **Prozesse** hat der Bundesrat 2019 eine Botschaft zu den Verpflichtungskrediten für die Programme zur Modernisierung von Supportprozessen der Bundesverwaltung beziehungsweise von einsatzrelevanten SAP-Systemen im VBS verabschiedet. Ferner hat der Bundesrat 2019 den Expertenbericht zur Corporate Governance des Bundes diskutiert und beschlossen, dass die Rechenschaftspflicht der Unternehmen gegenüber dem Bund im Bereich Compliance ausgebaut werden soll.

In der **Steuerpolitik** hat der Bundesrat 2019 beschlossen, die sistierte Reform der Verrechnungssteuer wiederaufzunehmen und dazu die Eckwerte der Reform abgesteckt. Mit der Reform will der Bundesrat den Schweizer Fremdkapitalmarkt stärken, indem inländische juristische Personen und ausländische Anleger von der Verrechnungssteuer in Schweizer Zinsanlagen befreit werden. Weiter hat der Bundesrat 2019 eine Zusatzbotschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung) verabschiedet. Ziel der Änderung des Bundesgesetzes ist es, die Heiratsstrafe bei der direkten Bundessteuer zu beseitigen. Die Zusatzbotschaft enthält neue Schätzungen zur Anzahl der von einer verfassungswidrigen Mehrbelastung betroffenen Ehepaare und aktualisierte Schätzungen zu den finanziellen Auswirkungen der Vorlage.

In der **Bankenpolitik** hat der Bundesrat 2019 den dritten Evaluationsbericht zu den systemrelevanten Banken («Too big to fail») gutgeheissen. Der Bundesrat kommt darin zum Schluss, dass der Schweizer Regulierungsansatz grundsätzlich mit den internationalen Entwicklungen im Einklang steht und daher keiner grundlegenden Anpassung bedarf.

In der **Wirtschaftspolitik** hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zur Standortförderung 2020–2023 verabschiedet. Mit seinen Instrumenten der Standortförderung will der Bundesrat zur digitalen Transformation der Wirtschaft beitragen und damit die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft weiter steigern. Weiter hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zur Änderung des Zolltarifgesetzes (Aufhebung der Industriezölle) verabschiedet. Die Aufhebung ist Teil des Massnahmenpakets gegen die Hochpreisinsel Schweiz. Mit der Aufhebung der Industriezölle werden Unternehmen in der Schweiz von günstigeren Vorleistungen profitieren und ihre Produktionskosten senken können.

In der **Agrarpolitik** hat der Bundesrat 2019 die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Agrarpolitik ab 2022 zur Kenntnis genommen. Als Kernanliegen der neuen Agrarpolitik sollen das Unternehmertum in der Land- und Ernährungswirtschaft gestärkt und die Wertschöpfung gesteigert werden. Die betriebliche Effizienz soll erhöht und die Umweltbelastung sowie der Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen gesenkt werden. Mit der Botschaft sollen ebenfalls die Höchstbeträge der für die Landwirtschaft eingesetzten Bundesmittel festgelegt werden.

In der **Digitalisierung** hat der Bundesrat 2019 die E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 verabschiedet. Mit deren Umsetzung soll der digitale Kanal zur ersten Wahl im Kontakt mit der öffentlichen Verwaltung werden. Sodann hat der Bundesrat 2019 den interdepartementalen Bericht «Herausforderungen der künstlichen Intelligenz» zur Kenntnis genommen. Der Bericht zeigt, dass die Schweiz für die Anwendung und die Herausforderungen von künstlicher Intelligenz grundsätzlich gut aufgestellt ist.

Betreffend **Cyber-Sicherheit** hat der Bundesrat 2019 den Umsetzungsplan zur «Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) 2018–2022» verabschiedet und damit weitere Entscheide zum Aufbau des Kompetenzzentrums für Cyber-Sicherheit gefällt. Der Umsetzungsplan legt die Zuständigkeiten innerhalb der Bundesverwaltung fest und beschreibt die Aufgaben der beteiligten Stellen. Zu den Massnahmen auf Bundesebene gehören prioritär die Erarbeitung von weiteren Minimalstandards in der Informatiksicherheit, die Prüfung einer Meldepflicht für Cyber-Vorfälle, die Schaffung eines überdepartementalen Expertenpools für Cyber-Sicherheit und die Etablierung einer Anlaufstelle für Private, Behörden, Wirtschaft und Hochschulen.

In der **Aussenwirtschaftspolitik** sind neben dem Engagement für Reformen in der WTO die Weiterentwicklung des Freihandelsnetzes und die Verbesserung des Zugangs der schweizerischen Unternehmen zu ausländischen Märkten wichtige Pfeiler. Im Berichtsjahr hat der Bundesrat die Botschaft zum umfassenden Freihandelsabkommen (FHA) zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien verabschiedet. Das Abkommen hat einen sektoriell umfassenden Geltungsbereich und entspricht im Wesentlichen den neueren Schweizer FHA. Das Abkommen wird insbesondere den Marktzugang und die Rechtssicherheit für den Handel mit Waren und Dienstleistungen verbessern. Ausserdem statuiert das Abkommen Nachhaltigkeitskriterien für den Palmöl-Anbau und enthält ein explizites Nachhaltigkeitskapitel.

In der **Europapolitik** hatte der Bundesrat anfangs 2019 den Entwurf für ein institutionelles Abkommen (InstA) in eine Konsultation der politischen und wirtschaftlichen Akteure in der Schweiz gegeben. Der Klärungsbedarf betrifft drei Aspekte: gewisse Bestimmungen über den Lohn- und Arbeitnehmerschutz, die staatlichen Beihilfen und die Unionsbürgerlinie. Der Bundesrat genehmigte Mitte 2019 den Bericht über die Konsultationen, bekräftigte auf dieser Grundlage seine positive Einschätzung des Abkommensentwurfs und verlangte Klärungen zu den drei Aspekten mit der Absicht, mit der EU eine für beide Seiten befriedigende Lösung zu finden. Dies teilte der Bundesrat der EU-Kommission mit einem Brief mit. Ferner wurden 2019 mit dem Vereinigten Königreich, im Hinblick auf dessen EU-Austritt, im Rahmen der «Mind the Gap-Strategie» des Bundesrates verschiedene bilaterale Abkommen abgeschlossen.

In der **Bildungspolitik** hat der Bundesrat 2019 die Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit in der Mobilität und der Bildung beschlossen. Das neue Gesetz erweitert den Handlungsspielraum und sichert die Grundlage, um die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung auch in Zukunft wirksam fördern zu können. Weiter hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zu einem neuen Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) verabschiedet. Das EHB ist das Kompetenzzentrum des Bundes für die Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen, für die Berufsentwicklung, Berufsbildungsforschung sowie internationale Berufsbildungszusammenarbeit. Die EHB soll die Akkreditierung als pädagogische Hochschule anstreben. Schliesslich hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zu einer Teilrevision des Bundesgesetzes über die ETH verabschiedet. Die Gesetzesanpassungen betreffen insbesondere Vorgaben der Corporate Governance-Politik des Bundesrates.

In Sachen **Demografie** hat der Bundesrat 2019 einen Bericht über die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Bildungsbereich gutgeheissen. Der Bericht liefert Kennzahlen zur erwarteten bildungsspezifischen Entwicklung in den nächsten zwanzig Jahren und vergleicht sie mit der Arbeitsmarktnachfrage. Ausserdem zeigt der Bericht die Bedeutung der Migration für bestimmte Bildungsfelder auf.

In der **Verkehrspolitik** hat der Bundesrat 2019 beschlossen, zwei Varianten für die Reform des Regionalen Personenverkehrs (RPV) in die Vernehmlassung zu schicken. Das Bestellverfahren des öffentlichen Regionalverkehrs ist heute aufgrund der vielen Schnittstellen sehr aufwändig. Mit der Reform schlägt der Bundesrat vor, das Verfahren zu vereinfachen sowie verbindlicher und effizienter zu gestalten. Weiter hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zur Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes verabschiedet. Die Vorlage sieht die Einführung einer elektronischen Autobahnvignette auf freiwilliger Basis vor. Schliesslich hat der Bundesrat 2019 die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über den unterirdischen Gütertransport eröffnet. Es bezweckt, die rechtlichen Grundlagen für die Errichtung und den Betrieb solcher Anlagen zu schaffen.

In der **Energiepolitik** hat der Bundesrat 2019 die Vernehmlassung zu einem neuen Gasversorgungsgesetz eröffnet. Als Energieträger zur Wärmeversorgung von Gebäuden wird die Bedeutung von Gas zwar abnehmen, für die Industrie bleibt Gas kurz- bis mittelfristig aber wichtig. Das vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickte Gasversorgungsgesetz schafft die Grundlagen für eine geordnete Marktöffnung.

In der **Umweltpolitik** hat der Bundesrat 2019 eine Vernehmlassung zur Anpassung des Umweltschutzgesetzes (USG) mit einem Fokus auf die Umsetzung der Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten verabschiedet. Notwendige Präventions-, Bekämpfungs- und Überwachungsmassnahmen sollen im USG neu verankert werden.

In der **Klimapolitik** hat der Bundesrat 2019 den «Aktionsplan Flugreisen» und das Detailkonzept «Ressourcen- und Umweltmanagement der Bundesverwaltung (RUMBA) 2020+» sowie die auf das «Klimapaket Bundesverwaltung» abgestimmten Reduktionsziele 2020–2023 gutgeheissen. Damit will der Bundesrat die Umweltbelastung der Bundesverwaltung je Vollzeitäquivalent bis Ende 2023 um insgesamt 8 Prozent gegenüber 2020 reduzieren (ohne Anrechnung der Treibhausgas-Kompensationen).

In der **Medienpolitik** hat der Bundesrat 2019 aufgrund der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens entschieden, auf die Unterbreitung einer Botschaft zu einem neuen Bundesgesetz über elektronische Medien zu verzichten.

In der **Sprachenpolitik** hat der Bundesrat 2019 den Evaluationsbericht zur Förderung der Mehrsprachigkeit 2015–2019 zur Kenntnis genommen. Der Bericht wird alle vier Jahre erstellt und gibt insbesondere Auskunft über die Vertretung der Sprachgemeinschaften in der Bundesverwaltung, über die Sprachkenntnisse der Mitarbeitenden und das in der Bundesverwaltung vorhandene Sprachkapital.

In der **Kulturpolitik** hat der Bundesrat 2019 die Vernehmlassung betreffend Botschaft zur Förderung der Kultur für die Periode 2021 bis 2024 eröffnet. Die Kulturbotschaft legt die strategische Ausrichtung der Kulturpolitik des Bundes in der Förderperiode 2021 bis 2024 fest. Der Bundesrat legt dabei einen Schwerpunkt auf den digitalen Wandel in der Kulturförderung.

In der **Familienpolitik** soll die Inkassohilfe bei familienrechtlichen Unterhaltsansprüchen in der Schweiz vereinheitlicht werden. Der Bundesrat hat am 6. Dezember 2019 die entsprechende Inkassohilfeverordnung (InkHV) gutgeheissen und auf den 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt. Damit werden unterhaltsberechtigte Personen künftig in allen Kantonen gleichbehandelt, wenn sie die zugesprochenen Unterhaltsbeiträge nicht erhalten.

In der **Gesellschaftspolitik** hat der Bundesrat 2019 die Änderung des Gleichstellungsgesetzes zur besseren Durchsetzung der Lohngleichheit auf den 1. Juli 2020 in Kraft gesetzt. Unternehmen mit 100 oder mehr Angestellten müssen die erste betriebsinterne Lohngleichheitsanalyse bis spätestens Ende Juni 2021 durchführen.

In der **Sportpolitik** wird der Bund in Zukunft den Trainings- und Wettkampfbetrieb der Sportverbände auf Sportanlagen von nationaler Bedeutung finanziell unterstützen. 2019 hat der Bundesrat die hierfür notwendige Anpassung der Sportförderungsverordnung verabschiedet. Damit unterstreicht der Bundesrat, dass die Sportanlagen von nationaler Bedeutung einen wichtigen Anteil an bessere Rahmenbedingungen für den Schweizer Sport leisten.

In Sachen «**Internationales Genf**» hat der Bundesrat 2019 die neue Botschaft zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat für den Zeitraum 2020–2023 verabschiedet. Ziel der Botschaft ist die Festigung und nachhaltige Entwicklung der Gaststaatsrolle der Schweiz.

In der **Entwicklungspolitik** hat der Bundesrat 2019 Kernbeiträge an mehrere für die Schweiz prioritäre multilaterale Organisationen beschlossen: an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria für den Zeitraum 2020 bis 2022, an das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS) für den Zeitraum 2019 bis 2021, an die Beratungsgruppe für Internationale Agrarforschung (CGIAR) für den Zeitraum 2020 bis 2021 sowie an das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) für den Zeitraum 2019 bis 2022.

In der **Sozialpolitik** hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zur Reform AHV 21 verabschiedet. Mit der Reform AHV 21 kann das Niveau der Renten gehalten und die Finanzierung der AHV bis 2030 gesichert werden. Die Reform verbessert den flexiblen Beginn des Rentenbezugs und setzt Anreize für eine längere Erwerbstätigkeit. Weiter hat der Bundesrat 2019 die Vernehmlassung zur Reform der beruflichen Vorsorge eröffnet. In der Vorlage des Bundesrates wurde der Vorschlag, der von drei nationalen Verbänden der Sozialpartner ausgearbeitet wurde, übernommen. Dieser sieht vor, dass der Mindestumwandlungssatz von 6,8 auf 6,0 Prozent gesenkt wird bei gleichzeitiger Sicherung des Rentenniveaus durch Ausgleichsmassnahmen. Ferner hat der Bundesrat 2019 die Botschaft und den Entwurf für ein neues Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose verabschiedet. Damit will der Bundesrat eine Lücke in der sozialen Sicherheit schliessen.

In der **Gesundheitspolitik** hat der Bundesrat 2019 die Strategie «Gesundheit2030» verabschiedet, in welcher er die gesundheitspolitischen Prioritäten für die kommenden zehn Jahre festlegt. Im Zentrum stehen die vier dringlichsten Herausforderungen für das Gesundheitswesen: der digitale Wandel, ein gesundes Arbeitsumfeld und umweltbedingte

Gesundheitsrisiken, die demografischen Veränderungen sowie eine qualitativ hochstehende, bezahlbare Versorgung. Weiter hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zur Genehmigung des Übereinkommens des Europarats gegen den Handel mit menschlichen Organen verabschiedet. Der Bundesrat möchte den illegalen Organhandel wirksamer bekämpfen. Sodann hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zu Pilotversuchen mit Cannabis verabschiedet. Die Vorlage schafft die Voraussetzungen für die Durchführung von befristeten und streng reglementierten wissenschaftlichen Studien über den Cannabiskonsum zu Genusszwecken. Ferner hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zum Bundesgesetz über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenpflege verabschiedet.

Was die **Gesundheitskosten** anbelangt, hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) verabschiedet. In diesem ersten von zwei Massnahmenpaketen seines Kostendämpfungsprogramms für das Gesundheitswesen hat der Bundesrat neun Massnahmen beschlossen. Ziel der vorliegenden Massnahmen ist es, die Kostenentwicklung in der OKP auf das medizinisch begründbare Mass einzudämmen und damit den Anstieg der Krankenkassenprämien zu begrenzen. Das Sparpotential dieser Massnahmen beträgt mehrere Hundert Millionen Franken pro Jahr.

In der **Migrationspolitik** hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens genehmigt. Weiter hat der Bundesrat 2019 eine Reihe von Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials beschlossen. Sie zielen darauf ab, die Konkurrenzfähigkeit von älteren Arbeitskräften zu sichern, schwer vermittelbaren Stellensuchenden den Schritt in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und in der Schweiz lebende Ausländer besser in diesen zu integrieren. Ferner hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zu einem Verpflichtungskredit zur Weiterentwicklung des Schengen / Dublin-Besitzstands verabschiedet – europaweit sollen die Kontrolle der Aussengrenzen verbessert und die Zusammenarbeit der nationalen Sicherheits- und Migrationsbehörden gestärkt werden.

Zur Bekämpfung von **Gewalt** und **Kriminalität** hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) verabschiedet. Mit dem PMT werden die bestehenden Möglichkeiten gezielt ergänzt, indem die Polizei zusätzliche Instrumente für den Umgang mit terroristischen Gefährdern bekommen soll. Die neuen polizeilichen Massnahmen sollen dann eingesetzt werden können, wenn von einer Person eine Gefahr ausgeht, die Hinweise jedoch nicht zur Eröffnung eines Strafverfahrens ausreichen. Weiter hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zur Änderung des Geldwäschereigesetzes verabschiedet. Mit dieser Vorlage erneuert die Schweiz das Abwehrdispositiv zur Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierung, indem sie den neusten Risikoeinschätzungen Rechnung trägt. Sodann hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zu einem Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe verabschiedet. Das neue Gesetz regelt den Zugang zu bestimmten chemischen Substanzen, die sich leicht zweckentfremden, für terroristische Zwecke missbrauchen lassen und gravierenden Schaden verursachen können. Ferner hat der Bundesrat 2019 die Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen verabschiedet. Damit beteiligt sich der Bund künftig mit bis zu 500 000 Franken pro Jahr an den Sicherheitskosten für Minderheiten, die besonders gefährdet sind, zum Ziel von Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus zu werden.

In der **Sicherheitspolitik** hat der Bundesrat 2019 die Botschaft zu einem Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge verabschiedet. Damit soll die Bevölkerung die Möglichkeit erhalten, in einer Grundsatzabstimmung über die Beschaffung zu entscheiden. Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge wird mit der parallel laufenden Beschaffung eines Systems der bodengestützten Luftverteidigung grösserer Reichweite (BodLuv) zeitlich und technisch koordiniert. Der Planungsbeschluss untersteht dem fakultativen Referendum. Weiter hat der Bundesrat 2019 einen Richtungsentscheid zur längerfristigen Ausrichtung der Bodentruppen gefällt. Die Bodentruppen der Armee sollen stärker auf ein Konfliktbild ausgerichtet werden, welches sich ständig und rasch verändert. Zu diesem Zweck braucht es eine Ausrüstung, die auf mobile und modular einsetzbare Einsatzverbände ausgerichtet ist. Ferner hat der Bundesrat

2019 die Botschaft zur Änderung des Zivildienstgesetzes verabschiedet. Mit acht Massnahmen will der Bundesrat dem Grundsatz stärkere Nachachtung verschaffen, dass keine freie Wahl zwischen dem Militärdienst und dem Zivildienst besteht.

In der **Aussenpolitik** hat der Bundesrat 2019 sein Engagement gegen die Straflosigkeit bei schwersten Verbrechen auf internationaler Ebene bekräftigt: er verabschiedete die Botschaft zur Genehmigung der Änderungen vom 14. Dezember 2017 des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs. Mit dieser Vorlage soll die Gerichtsbarkeit des Strafgerichtshofs erweitert werden. Er soll neu die Verwendung folgender Waffen als Kriegsverbrechen auch im internen Konflikt ahnden können: Biologische Waffen, blindmachende Laserwaffen und Waffen, die durch Splitter verletzen, welche durch Röntgenstrahlen nicht entdeckt werden können. Zudem hat der Bundesrat zwei Abkommen über neue Schutzmachtmandate zur Vertretung der konsularischen Interessen der USA in Venezuela und der diplomatischen Interessen des Iran in Kanada genehmigt.

Für Rückfragen:

Urs Bruderer, Stv. Leiter Sektion Kommunikation BK,
Tel. 058 / 483 99 69; Mail: urs.bruderer@bk.admin.ch

Verantwortliches Departement:

Bundeskanzlei